Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Kiel, 13.03.2002

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW fordert kommunale Finanzreform

In einer gemeinsamen Sitzung kamen am Montagabend die Flensburger Ratsfraktion des SSW und die SSW-Landtagsvertretung in Flensborghus zusammen. Dabei waren die SSW-Politiker besonders über die Entwicklung der Finanzen in den öffentlichen Haushalten besorgt. Der Fraktionsvorsitzende der SSW-Ratsfraktion Gerhard Maas verwies auf das große Defizit der Stadt im laufenden Haushalt. Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich auch in den nächsten Jahren auf weitere Sparmaßnahmen einstellen. Die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Anke Spoorendonk befürchtete die gleiche Entwicklung für den Landeshaushalt:
Der SSW fordert deshalb eine kommunale Finanzreform auf Bundesebene, die sowohl den Ländern auch als den Kommunen wieder einen finanziellen Spielraum ermöglicht. Ansonsten droht dem Land und den Kommunen in Schleswig-Holstein bald der haushaltspolitische Offenbarungseid, so Anke Spoorendonk.
Einig war man sich darin, dass die gesamte Region die Universität Flensburg unterstützen muss. Dazu gehört eine bessere finanzielle Ausstattung der Universität. Allerdings müsse die Universität auch die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Flensburg im eigenen Interesse schneller voranbringen. Die SSW-Politiker sahen in dem geplanten Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau mit 48 Mio. Euro aus dem Regionalprogramm eine regionalpolitisch falsche Weichenstellung der Landesregierung:
Natürlich muss auch die Region ihre Hausaufgaben machen und qualitativ hochwertige Projekte entwickeln, wenn wir Zuschüsse aus dem

Regionalprogramm bekommen wollen. Doch wenn die Landesregierung von den noch übrig gebliebenen 150 Mio. Euro des Programms ein Drittel schon verplant hat, bleibt für den Landesteil Schleswig fast nichts mehr übrig, so die SSW-Vertreter.